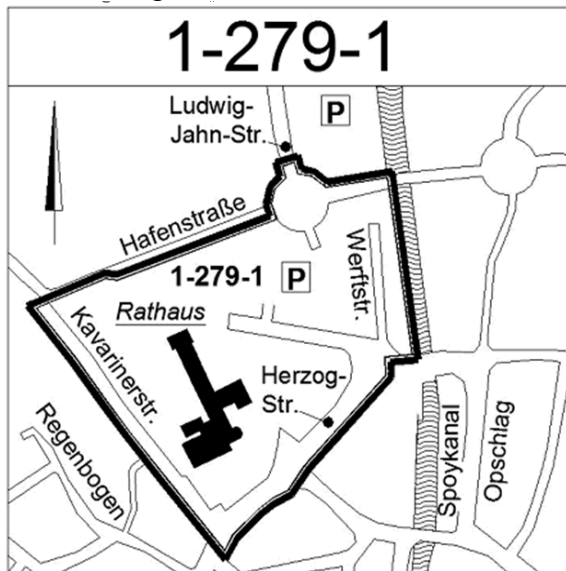




Az.: 61.1.1303.002.001

**Bebauungsplan Nr. 1-279-1 für den Bereich Hafenstraße/ Herzogstraße/ Kavariner Straße/ Spoykanal (westliche Unterstadt)**

hier: Satzungsbeschluss



Beratungsweg	Sitzungstermin
Bau- und Planungsausschuss	23.01.2014
Haupt- und Finanzausschuss	05.02.2014
Rat	12.02.2014

<b>Zuständiger Dezernent</b>	
------------------------------	--

<b>Finanzielle Auswirkungen</b>		JA	X	NEIN
---------------------------------	--	----	---	------

Im Haushaltsplan vorgesehen		JA		NEIN
Teilergebnisplan		Teilfinanzplan		Investitionsmaßnahme
Produkt Nr.				
Kontengruppe				
Betrag				
einmalige	Erträge	Aufwendungen	laufende	Erträge
Insgesamt			Insgesamt	
Beteiligter Dritter			Beteiligter Dritter	
Anteil Stadt Kleve			Anteil Stadt Kleve	

--

## 1. Beschlussvorschlag

Der Rat der Stadt wägt alle im Rahmen des Bauleitplanverfahrens vorgelegten Stellungnahmen von Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange ab und beschließt aufgrund der §§ 2 Abs. 1 und 10 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) in der derzeit gültigen Fassung und des § 7 Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der derzeit gültigen Fassung, den Bebauungsplan Nr. 1-279-1 für den Bereich Hafenstraße/ Herzogstraße/ Kavariner Straße/ Spoykanal (westliche Unterstadt) bestehend aus der Planzeichnung, Begründung und Vorprüfung Umweltbericht als Satzung.

## 2. Schilderung des Sachverhaltes / Begründung

Der Rat der Stadt hat am 23.09.2009 beschlossen, das Verfahren zur Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 1-279-0 für den Bereich Kavarinerstraße/ Hafenstraße/ Bensdorpstraße/ Herzogstraße (Neues Stadtquartier Minoritenplatz) einzuleiten und der Öffentlichkeit frühzeitig die Gelegenheit zur Äußerung und Erörterung zu geben (siehe Drucksache 859/VIII.). Die Beteiligung der Öffentlichkeit erfolgte in der Zeit vom 30.11.2009 bis einschließlich 18.12.2009.

Ziel des eingeleiteten Verfahrens war es, den Bereich um den Minoritenplatz in der Klever Innenstadt neu zu ordnen und einer der Zentrums- und angemessenen Bebauung zuzuführen. Inhaltlich sollte dabei der mehrheitlich durch die Klever Bürgerschaft favorisierte Siegerentwurf (sog. Variante C) umgesetzt werden, der in einem dialogorientierten Werkstattverfahren ermittelt wurde.

Grundsätzliches Ziel der Planung war eine nachhaltige Fortentwicklung der Klever Innenstadt durch Ergänzungen im Bereich des Minoritenplatzes, die im Sinne einer Stärkung der mittelfunktionalen Funktion der Gesamtstadt erfolgt. Bezogen auf den städtebaulichen Zusammenhang sollte durch die geplante Entwicklung die räumliche und funktionale Anbindung des neuen Hochschulstandorts, unmittelbar nördlich des Plangebiets, an die Innenstadt erfolgen.

Am 13.04.2011 hat der Rat der Stadt beschlossen den Aufstellungsbeschluss vom 23.09.2009 zu ergänzen und das Plangebiet des Bebauungsplans Nr. 1-279-0 in einen östlichen Bereich (1-279-0) und einen westlichen Bereich (1-279-1) zu teilen. (siehe Drucksache 327/IX.a)

So wurde dem Verfahrensverlauf Rechnung getragen, um durch eine zeitliche Staffelung die bauabschnittsweise Realisierung des Gesamtkonzepts zu ermöglichen.

Die oben genannten Grundzüge der Planung sowie die städtebauliche Intention des ursprünglichen Bebauungsplans wurden durch die Teilung nicht verändert, sondern lediglich zeitlich verschoben.

Für den östlichen Bereich wurde in selbiger Sitzung durch den Rat der Stadt die öffentliche Auslegung beschlossen. Diese erfolgte in der Zeit vom 02.05.2011 bis einschließlich 03.06.2011. In seiner Sitzung am 20.07.2011 hat der Rat alle im Rahmen des Bauleitplanverfahrens vorgelegten Stellungnahmen der Öffentlichkeit und der Behörden und Träger öffentlicher Belange abgewogen und den Bebauungsplan 1-279-0 als Satzung beschlossen.

Um die, im Zusammenhang mit der Gesamtplanung, beschriebenen Ziele auch für den Bereich westlich des Spoykanals umzusetzen, wurde die Verwaltung beauftragt für den Bebauungsplan Nr. 1-279-1 (westliche Unterstadt) den Verfahrensschritt der Offenlage (Drucksache Nr.: 606 /IX) einzuleiten und das Verfahren nach § 13a BauGB anzuwenden. Die öffentliche Auslegung erfolgte in der Zeit vom 04.05.2012 bis einschließlich 05.06.2012. Gemäß § 4 (2) BauGB wurden die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange mit Schreiben vom 03.05.2012 um ihre Stellungnahme gebeten.

Um die Entwicklung der Unterstadtbebauung in dem Teilbereich des Plangebiets, dessen betroffene Belange bereits umfassend abgewogen werden können, nicht unverhältnismäßig zu verzögern und das Interesse potenzieller Bauherren nicht zu gefährden, hat die Verwaltung am 22.05.2013 dem Rat den Beschlussvorschlag vorgelegt, den Geltungsbereich erneut zu teilen. Dieser Beschluss wurde von der Politik nicht gefasst.

Am 18.10.2013 hat der Rat der Stadt Kleve den erneuten Auslegungsbeschluss gefasst. Die erneute Auslegung erfolgte in der Zeit vom 30.09.2013 bis einschließlich 30.10.2013. Die

Behörden und Träger öffentlicher Belange wurden mit dem Schreiben vom 25.09.2013 um ihre Stellungnahme gebeten.

Der Rat hat am 18.12.2013 den zweiten erneuten Auslegungsbeschluss gefasst. Die Auslegung fand in der Zeit zwischen den 02.01.2014 bis einschließlich 16.01.2014 statt. Die Behörden und Träger öffentlicher Belange sind mit dem Schreiben vom 19.12.2013 beteiligt worden.

Kleve, den 22.01.2014

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Brauer', is written over a light gray rectangular background.

(Brauer)